

Initiativantrag für den Parteitag des SPD-Kreisverbandes Rhein-Neckar
am 22. Februar 2003 in Weinheim

Der Parteitag möge folgende Resolution verabschieden:

1. Die Bestrebungen speziell der deutschen und der französischen Regierung, eine diplomatische Lösung zu unterstützen, waren und sind Schritte in die richtige Richtung. Auch wenn die US-Administration verstimmt reagiert. Die Reise von Außenminister Joschka Fischer in den Nahen Osten war der zweite Schritt.

2. Eine UN-Kommission zur Verhinderung des Irak-Krieges soll eingesetzt werden. Ihre Mitglieder müssten weltweit akzeptierte Persönlichkeiten sein, die zwischen den USA und dem Irak aktiv und intensiv vermitteln. Kofi Annan könnte eine solche Kommission leiten. Die Möglichkeit eines Einsatzes von Blauhelmen soll intensiver als bisher geprüft werden.

3. Die UN-Waffeninspektoren sollen alle Zeit bekommen, die sie für ihre Arbeit brauchen, sie dürfen nicht künstlich unter Druck gesetzt werden. Ihre Arbeit leidet unter Zeitdruck, die Ergebnisse könnten verfälscht werden.

3a. Sollten die Inspektoren Beweise für die Existenz von A-, B- oder C-Waffen finden oder solche Waffen auffinden, ist dies noch kein zwingender Kriegsgrund. Erst einmal sollte in diesem Fall über Verhandlungen versucht werden, den Irak zur Herausgabe solcher Waffen zu veranlassen.

3b. Für den Fall dass keinerlei Massenvernichtungswaffen gefunden werden muss gelten, dass die Embargo-Restriktionen gegen den Irak aufgehoben werden müssten. Dieses Land hat für die Aggression gegen Kuwait lange genug gebüßt, vor allem die Zivilbevölkerung leidet.

4. Das irakische Volk muss die Möglichkeit bekommen, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Wir wissen, dass Saddam flüchtig nicht demokratisch gewählt wurde. Durch die Aufhebung des Embargos, die mit einer Öffnung des Landes gekoppelt werden müsste, könnte auf mittlere Sicht eine Demokratisierung erreicht werden. Mittelfristig muss es für alle Irakis wieder möglich sein, internationale Fernseh- und Hörfunksender zu empfangen oder über das Internet mit der übrigen Welt zu kommunizieren.

5. Der weltweite Kampf gegen Terrorismus darf nur im Ausnahmefall mit Waffen geführt werden; Die Beseitigung von Armut und Hunger sowie der Zugang zu Bildung in wenig entwickelten Ländern ist viel wirkungsvoller als das nachträgliche „Reparieren“ solcher Defizite durch Kriege. Machtkalkül und Hegemoniestreben dürfen nicht im Vordergrund stehen, so nach dem Motto „Wenn wir jetzt gerade auf Terroristenjagd sind, können wir auch gleich das ein oder andere missliebige Regime stürzen“. Entsprechende Förderprogramme kosten natürlich Geld. Weniger Bomben bei uns und anderenorts kosten jedoch weniger Geld...